

GERMANWATCH

Zeitung für zukunftsfähige Nord-Süd-Politik

Schwerpunkt: Globaler Klimaschutz

Liebe Leserin, lieber Leser,

Marokko und Botswana, China und Argentinien: Diese und andere Entwicklungsländer haben auf dem „Seminar der Regierungsexperten“ Mitte Mai in Bonn ihre große Besorgnis über die Auswirkungen des Klimawandels vorgetragen. Seine negativen Folgen spüren sie immer stärker. Deshalb wird zunehmend die weltweite Anpassung daran diskutiert. Ohne Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel wird die Erreichung der UN-Millenniumsziele in Teilen unmöglich sein – so Klaus Töpfer im Interview auf Seite 2. Germanwatch setzt sich seit Jahren mit der Klima-AUSBADE-Kampagne (S.3) für die durch den Klimawandel besonders betroffenen Menschen in den ärmeren Ländern ein. Dass sich nun immer mehr Menschen mit diesem Thema beschäftigen, ist ermutigend. Alle Anpassungsbemühungen sind aber langfristig zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelingt, die globale Temperaturerhöhung zu stoppen. Die Politik muss hier endlich aktiv werden, auf dem jetzigen G8-Gipfel. Der Druck auf Politik und Wirtschaft durch die Zivilgesellschaft ist weiterhin dringend nötig. Mit Ihrer Unterstützung wird Germanwatch weiter dazu beitragen.



Ihr Sven Anemüller
Koordinator der
Klima-AUSBADE-Kampagne

„Der Mensch heizt das Klima auf“
Interview mit Prof. Rahmstorf S. 2

Klimaversicherung für den Süden!
Schäden des Klimawandels ersetzen S. 3

Sicherheit neu gedacht
Joschka Fischer stellt Bericht
„Zur Lage der Welt 2005“ vor S. 4



Warum ich Germanwatch
wichtig finde:

Der Klimawandel erfüllt uns alle mit großer Sorge. Er stellt eine besondere Herausforderung an die Entwicklungszusammenarbeit dar, weil die Armen im Süden zu den Hauptbetroffenen gehören und sich am wenigsten schützen können. Germanwatch hat in der entwicklungspolitischen Szene auf diesem Gebiet eine vorbildhafte und zukunftsweisende Rolle übernommen. Brot für die Welt will bei diesem wichtigen Thema in Zukunft gemeinsam mit Germanwatch Akzente setzen.

Cornelia Füllkrug-Weitzel
Direktorin von Brot für die Welt



Foto: Peter Bennetts

Schülerinnen auf Tuvalu: Bei weiter fortschreitendem Anstieg des Meeresspiegels könnte die Pazifikinsel überflutet sein, wenn die Mädchen erwachsen sind. Zu den Themen Meeresspiegelanstieg, Tuvalu, Klimawandel, Gletscherschmelze, Flugverkehr und Tropische Regenwälder gibt es neue Germanwatch-Arbeitsblätter für den Unterricht (siehe S.4).

Signale für den Klimaschutz!

Die Klimaschutzblockade von Politik und Wirtschaft muss durchbrochen werden

Werden die großen Industriestaaten auf dem G8-Gipfel in Schottland das „klare und frühe Signal über die Richtung ihrer Politik und stabile, langfristige Rahmensetzungen“ tatsächlich aussenden, das der Entwurfstext beschwört? Bei seinem Besuch am 7. Juni war der britische Regierungschef Blair entsetzt, wie sehr US-Präsident Bush ihn beim Thema Klimaschutz abblitzen ließ. Dabei werden die beiden nächsten Jahrzehnte darüber entscheiden, ob ein in großem Maßstab gefährlicher Klimawandel - mehr als 2 Grad Temperaturanstieg - noch abgewendet werden kann. Die Internationale Energieagentur schätzt, dass bis 2030 weltweit 16.000 Milliarden US-Dollar in die Energie-Infrastruktur investiert werden. Zementieren wir damit den Weg ins globale Treibhaus oder pflastern wir die Pfade, die den Wandel in erträglichem Ausmaß halten?

Wirtschaftsführer werden nervös

Es wachsen die Anzeichen, dass die EU nicht nur umwelt-, sondern auch wirtschaftspolitisch auf's richtige Pferd setzt, wenn sie eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt. Kürzlich hat Jeffrey Immelt, Vorstandsvorsitzender von General Electric, dem größten Kraftwerksbauers der USA, in einem aufsehenerregenden Artikel das Fehlen einer konsistenten Energie- und Klimapolitik in den

USA beklagt. Die EU und China haben demnach - etwa durch die Einführung des EU-Emissionshandels - dabei die Führung übernommen und damit "ihre Wirtschaft und ihre nationale Sicherheit gestärkt". Zugleich teilte Immelt mit, sein Unternehmen werde nicht wie bisher geplant die Treibhausgasemissionen bis 2012 um 40 Prozent steigern, sondern um ein Prozent verringern.

Spätestens seit China angekündigt hat, das Land wolle bis 2020 die Energieintensität seiner Wirtschaft halbieren und den Einsatz von kleinen Erneuerbaren Energien drastisch steigern, werden Wirtschaftsführer nervös, deren Regierungen den Klimazug verschlafen. Ein Beispiel: Nach einem Anfang des Jahres beschlossenen Auto-Effizienz-Gesetz in China dürfen ab 2008 zwei Drittel der gegenwärtigen US-Autoflotte nicht mehr auf dem größten Wachstumsmarkt verkauft werden.

US-Regierung unter Druck

Nicht nur die Wirtschaft, auch einige Parteifreunde kritisieren zunehmend die Kopf-in-den-Sand-Politik des US-Präsidenten George W. Bush. Arnold Schwarzenegger, kalifornischer Regierungschef, hat Anfang Juni weitreichende Klimaschutzziele für Kalifornien verkündet: "Ab heute wird Kalifornien ein Führer im Kampf gegen die globale Erwärmung

sein. Die Debatte ist vorbei. Wir wissen, was die Wissenschaft sagt. Wir sehen die Bedrohung. Jetzt ist die Zeit zum Handeln." Er kündigte an, dass Kalifornien die Emissionen bis 2010 auf das Niveau von 2000 reduzieren werde, bis 2020 auf das Niveau von 1990 und bis 2050 um 80 % gegenüber 1990 verringern werde. Ab Januar soll halbjährlich über Maßnahmen und Fortschritte berichtet werden.

Deutsche Vorreiterrolle lohnt sich

Für Vorreiter im Klimaschutz wird dieser immer mehr zum Innovationsmotor für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Drei Beispiele:

1. Beim EU-Emissionshandel müssen im kommenden Jahr die Reduktionsziele für große Emittenten in Europa für die Periode 2008-2012 festgelegt werden. Derzeit besteht der EU-Emissionshandel eine erste Bewährungsprobe. Durch stark steigende CO₂-Preise verhindert er, dass Stromversorger angesichts steigender Gaspreise einfach auf Kohle umsteigen. In der Investitionsplanung der Energieversorger wird nun mit einem CO₂-Preis kalkuliert. Und der Finanzmarkt kann erstmals Druck auf Unternehmen ausüben, die sich nicht auf treibhausgasbegrenzte Zeiten einstellen. Kanada hat sich inzwischen ebenfalls für ein Emissionshandelsregime entschieden. In Japan und Russland wird dies diskutiert.

2. Das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat sich weltweit als effizientestes Instrument zur Einführung Erneuerbarer Energien bewährt. Seit dem Jahr 2000 wurden in Deutschland mehr Anlagen zur Stromerzeugung aus Wind, Sonne, Wasser und Biogas errichtet als in jedem anderen Land. Rund 130.000 Arbeitsplätze sind entstanden, während die konventionelle Energiewirtschaft weiter Stellen abbaut. Überall auf der Welt, von China bis Argentinien, von der Türkei bis Spanien orientiert man sich inzwischen am deutschen Erfolgsmodell.

3. Um endlich die Energieeffizienz voranzutreiben, bietet sich das sogenannte "Top Runner"-Konzept an: Die Effizienz von Geräten wird durch den Vergleich mit den jeweiligen Vorreitern beurteilt. Auf diese Weise fördert Japan seit sieben Jahren erfolgreich eine Marktdynamik für effiziente Geräte, etwa Heizkessel, Toaster oder Staubsauger.

Bisher wartet die Wirtschaft mit Investitionen auf klare Signale der Politik – und die Politik zögert aus Angst vor Wettbewerbsnachteilen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Wenn die USA weiter blockieren, müssen die Vorreiter Großbritannien und Deutschland mit den anderen G8-Partnern sowie China, Indien, Brasilien und Südafrika vorangehen.

Christoph Bals

„Der Mensch heizt das Klima auf“

Interview mit dem Klimawissenschaftler Prof. Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Herr Professor Rahmstorf, bei den UN-Klimaverhandlungen in Bonn im Juni haben zahlreiche Staaten darauf hingewiesen, dass sich die Wetter- und Wassersituation zuhause stark verändert. Ein Großteil der Bevölkerung müsse sich entweder massiv an die neuen Klimabedingungen anpassen oder sterben, meinte beispielsweise der Vertreter aus Botswana. Haben wir mehr von diesen Veränderungen zu erwarten?

Ich war nicht dabei und kann daher nicht beurteilen, welche regionalen Veränderungen hier konkret gemeint waren. Generell kann man aber sagen, dass wir bislang nur die ersten, noch schwachen Vorboten des Klimawandels beobachten. Die globale Mitteltemperatur hat sich in den letzten hundert Jahren ja nur um 0,7 Grad Celsius erwärmt. In diesem Jahrhundert müssen wir mit einem Vielfachen davon

rechnen – im günstigsten Fall mit dem Doppelten, schlimmstenfalls sogar mit dem Zehnfachen. Leider muss man daher davon ausgehen, dass auch die Folgen um ein Vielfaches schlimmer sein werden, als das, was in vielen Gegenden heute schon Probleme bereitet.

Ende April wurde eine NASA-geführte Studie veröffentlicht, die beansprucht, den „rauchenden Colt“ zu präsentieren: den endgültigen Beweis, dass der Mensch maßgeblich das globale Klima aufheizt. Kann man damit jedem, der noch das Gegenteil behauptet, sagen, dass seine Ansicht im strengen Sinne falsifiziert ist?



Die neue Studie bestätigt, dass wir die Wärmebilanz unseres Planeten gut verstehen und in den Modellrechnungen richtig erfassen. Durch den zunehmenden Treibhauseffekt gibt es ein Ungleichgewicht: Der Planet nimmt derzeit mehr Wärme auf, als er wieder abstrahlt, und zwar 0,85 Watt pro Quadratmeter. Diese Wärme wird im Ozean gespeichert – dies wurde durch Tausende von Messungen im globalen Ozean bestätigt. Das ist nicht der endgültige Beweis für den menschlichen Einfluss auf das Klima, aber doch ein weiterer wichtiger Beleg. Übrigens konnten Schweizer Forscher kürzlich die

zunehmende langwellige Strahlung durch den Treibhauseffekt direkt messen – dies wurde in den Medien wenig beachtet, ist aber ein ebenso wichtiger Beleg.

Gibt es denn noch ernstzunehmende Klimaforscher, die bestreiten, dass der Mensch einen wesentlichen Anteil am Klimawandel hat?

Ich kenne zumindest keinen. Aber wichtiger als Personen sind die wissenschaftlichen Argumente. Hier kenne ich keines, das gegen den menschlichen Einfluss spricht. Wir verstehen die Physik des Treibhauseffektes gut und die Messdaten entsprechen genau den Erwartungen. Und es gibt auch keine halbwegs plausible andere Erklärung für die Erwärmung. An der Sonne kann es nicht liegen – deren Strahlung nimmt seit 60 Jahren nicht zu.

Das Interview führte Christoph Bals.

Klimawandel erschwert Erreichen der Millenniumziele

Interview mit Prof. Klaus Töpfer, Direktor des Umweltprogramms der vereinten Nationen (UNEP)

Das UN-Umweltprogramm sitzt in Kenia. Welche Auswirkungen hat der Klimawandel auf die Lebensbedingungen in Entwicklungsländern?

Die Ärmsten der Armen leiden am meisten unter dem Klimawandel. Es ist eine Tatsache, dass diejenigen, die am meisten von den Auswirkungen betroffen sind, am wenigsten zu den Ursachen beigetragen haben. Die hochentwickelten Länder „exportieren“ sozusagen ihre Umweltauswirkungen und verschlechtern damit massiv die Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern.

Die internationale Staatengemeinschaft will mit den sogenannten Millenniumszielen die Anzahl der Armen weltweit bis 2015 halbieren. Kann dies ohne ernsthaften Klimaschutz gelingen?

Der Klimawandel erschwert die Realisierung der „Millennium Development Goals“ erheblich, wenn er sie nicht gar in Teilen unmöglich macht. Es ist deswegen zu begrüßen, dass Premier Blair als Schwerpunkt seiner Präsidentschaft in der G8 zwei Schwerpunktthemen gewählt hat: Afrika und der Klimawandel. Diese Prioritäten haben enge Querverbindungen und machen die Relevanz des Klimawandels für den Frieden auf dieser Welt sehr deutlich.

Welche Rolle könnte der Finanzsektor und die Versicherungen bei der Bekämpfung des Klimawandels spielen?

Wir sind in UNEP bemüht, den Finanzsektor und die Versicherung in eine Klimastrategie einzubinden und sind dabei zunehmend erfolgreicher. Klimawandel und die damit verbun-

denen vermehrten Naturkatastrophen sind für Versicherungen ein großes unternehmerisches Risiko. Im Finanzsektor wollen wir das Investitionsverhalten der Pensionsfonds und der institutionellen Anleger sensibilisieren im Hinblick auf Risiken durch den Klimawandel. Deshalb haben wir im Mai in New York gemeinsam mit anderen Partnern den „Investment Summit“ durchgeführt.

Wie schätzen Sie die wissenschaftlichen Kenntnisse über Ausmaße und Folgen des Klimawandels ein?

Die wissenschaftlichen Kenntnisse sind außerordentlich gut ausgearbeitet und sehr solide fundiert. Unsere Arbeit basiert in diesem Zusammenhang auf den Ergebnissen des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC). Das IPCC ist eine beispielhafte internationale Institution, gegründet von UNEP und der „World Meteorological Organization“, zur Integration aller wissenschaftlichen, technischen und sozio-ökonomischen Erkenntnisse von hochrangigen Wissenschaftlern aus der ganzen Welt.

Welche Erwartungen knüpfen Sie an das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls vom Februar 2005?

Es ist großartig, dass das Kyoto-Protokoll in Kraft getreten ist. Die Ratifizierung durch Russland hat dies – wenngleich sehr spät – möglich gemacht. Mit dem Kyoto-Protokoll haben wir nicht nur für die daran gebundenen Vertragsstaaten konkrete Ziele zur Verminderung von Klimagasen vorgegeben, sondern auch neue, kreative Maßnahmen geschaffen. Dies wird dazu beitragen, dass Minderungen auch über die Zielsetzungen des Protokolls hinaus möglich werden.

Können Sie uns drei Handlungsmöglichkeiten nennen, mit denen unsere LeserInnen zum Kampf gegen den

Klimawandel beitragen können?

Klimawandel ist verbunden mit der Verbrennung von fossilen Energieträgern – also mit Kohle, Mineralölen und Gas. Alles, was dazu beiträgt, diese Energieträger weniger zu nutzen, ist ein Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel. Das betrifft unsere Wohnungen und deren Isolierungen oder die Nutzung von Elektrogeräten.

Allein die Vermeidung von Standby-Schaltungen ist ein kleiner, aber wichtiger Beitrag! Ein weiteres Beispiel ist die Anschaffung eines Autos mit geringem Kraftstoffverbrauch und die Vermeidung von unnötigen Fahrten.

Das Interview führte Sven Anemüller

Vertane Chance

Kommentar zur Ein-Euro-Flugticketabgabe

Mit dem Beschluss der EU-Finanzminister vom Mai ist endlich das Tabu gebrochen, wonach der Flugverkehr immun gegen jede Art von Umweltabgaben ist. Mögen die Fluggesellschaften auch noch so sehr über den „Passagier als Melkkuh“, und die „Bedienungsmentalität“ der Minister wettern: Klar ist, dass Krankheiten wie Dengue-Fieber und Malaria sich in Entwicklungsländern durch die Klimaerwärmung schneller verbreiten. Und dazu trägt auch der Flugverkehr bei.

Schwer wiegt allerdings, dass die Abgabe als freiwillige geplant ist. Schon jetzt haben viele EU-Länder klar gemacht, dass sie die Abgabe nicht einführen wollen. Müßig, zu diskutieren, ob nun ein oder zwei Euro pro Ticket für Impfprogramme in Entwicklungsländern zu viel oder zu wenig sind: Es ist ein erster zaghafter Schritt, für die Entwicklungsländer gut, für den Klimaschutz zu wenig.

Die Schattenseite ist, dass mit dem ersten Schritt der eigentliche Durchbruch vertan scheint. Denn die Kerosinsteuer oder eine vergleichbare Abgabe, die ein echtes Mittel gegen den klimaschädigenden Flugverkehr

wäre, wurde mit demselben Beschluss politisch begraben. Auch wenn die Industrie jetzt laut poltert – insgeheim wird sie sich freuen, der Kerosinsteuer so billig entronnen zu sein. Und das Klimaproblem Flugverkehr bleibt.

Was ist schief gelaufen? Der Schulterchluss von Deutschland und Frankreich in der Forderung nach der Kerosinsteuer war einmalig. Und er hat Wirkung gezeigt – leider nicht so, wie erhofft. Warum war der deutsche Umweltminister hier trotz Koalitionsvereinbarung so lange untätig? Warum hat er nicht schon vor zwei Jahren die Kerosinsteuer technisch als emissionsregulierende CO₂-Abgabe betrieben und sich neben Frankreich noch weitere strategische Partner in der EU gesucht? Dann hätte jetzt der Druck der leeren Taschen der Finanzminister genutzt und die Abgabe hätte per Mehrheitsentscheidung gegen die Blockiererstaaten durchgesetzt werden können. Wo aber nichts vorbereitet ist, passiert genau das, was jetzt geschehen ist: Ein Schnell-Schnell-Beschluss mit wenig Wirkung, der einen wirklichen Fortschritt erstmal verhindert.

Dr. Dietrich Brockhagen



Foto: KU Eichstätt

Klimaverantwortung für den Norden!

3 Jahre Klima-AUSBADE-Kampagne

„Unser Klima geht baden - wer haftet?“ - mit dieser Frage hat Germanwatch 2002 die Klima-AUSBADE-Kampagne gestartet. Denn zwischen den Hauptverursachern des Klimawandels - den Industrieländern - und den Hauptbetroffenen - den sogenannten Entwicklungsländern - klafft eine wachsende Kluft. Während die Auswirkungen des Klimawandels auf den globalen Süden immer dramatischer werden, gewinnt der Klimaschutz im Norden nur langsam und nur in einigen Ländern an Fahrt. Auch die Unterstützung ärmerer Länder bei der Anpassung an den Klimawandel durch die Industrieländer lässt zu wünschen übrig, wie die geringen Finanzmittel im UN-Anpassungsfonds zeigen. Die Klima-AUSBADE-Kampagne macht diese mangelnde Verantwortungsübernahme der Industrieländer öffentlich und sucht mit Partnern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Lösungen.

Medien und Jugend

Die erarbeiteten **Fallbeispiele**, z.B. zum Phänomen der Gletschersee-Ausbrüche in Nepal und der Schweiz, zeigen exemplarisch die bereits heute akuten Auswirkungen des Klimawandels und deren Gefahren. Darüber wird auch in einem weiteren Projekt berichtet: Die **Germanwatch-Klimaexpedition** hat seit September 2004

über 8.000 Schüler in nordrhein-westfälischen Schulen besucht und mit Satellitenbildern über Klima und Klimawandel informiert.

Der **Flugverkehr** - klimapolitisch bisher nicht reguliert - entwickelt sich durch sein Wachstum zunehmend zu einem „Klimakiller“, der alle anderen Reduktionserfolge zunichte macht. Die Kampagne klärt deshalb über die Klimafolgen des Fliegens und Handlungsmöglichkeiten auf - beispielsweise beim Weltjugendtag im August 2005 im Kölner Raum. Auch Bundestags- und Landtagsabgeordnete werden gezielt informiert.

Gemeinsame Lösungen

Die **Versicherungswirtschaft und der Investmentssektor** haben großen Einfluss auf das Verhalten von Unternehmen und können ihnen ihre Klimaverantwortung bewusst machen. Deshalb ist der Dialog mit dieser Branche ein weiterer Baustein der Klima-AUSBADE-Kampagne. Auf Initiative von Germanwatch entwickelt eine internationale Arbeitsgruppe - unter anderem mit Vertretern der Weltbank und der Münchner Rückversicherung - Konzepte für eine „Klima-Versicherung der Nichtversicherbaren“ für besonders betroffene Entwicklungsländer.

Presse, Radio und Fernsehen berichten immer wieder über die Kampagnenthemen - angeregt durch Aktionstage, Pressekonferenzen, Work-



„Ausbade“-Protest auf dem Kirchentag im Mai in Hannover: Vertreter des Pazifik-Netzwerkes in der Germanwatch-Klimawanne

shops und Informationsmaterial. Am 18. November 2005 wird Germanwatch mit der Konferenz „Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung“ in Bonn eine Bi-

lanz der Kampagne ziehen. Wir wollen zugleich nach vorne schauen und gemeinsam mit Experten die Herausforderungen der nächsten Jahre diskutieren. Damit der Süden den Klima-

wandel nicht alleine ausbaden muss!
Sven Anemüller, Koordinator der Klima-AUSBADE-Kampagne
www.klimaausbadekampagne.de

Klimaversicherung für den Süden!

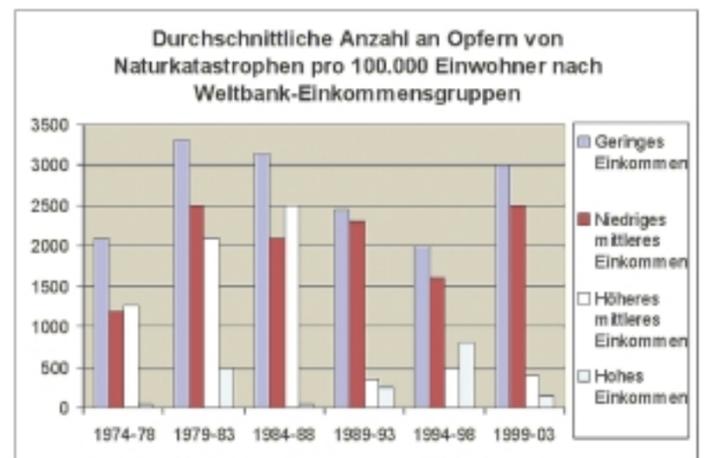
Die Schäden des Klimawandels müssen kompensiert werden

„Ein Großteil unserer Bevölkerung wird sich entweder stark an die Folgen des Klimawandels anpassen müssen - oder sterben!“ rief der Vertreter Botswanas Ende Mai, bei der jüngsten Runde der UN-Klimaverhandlungen, aus. Veränderungen der Regenmenge und -zeiten gefährden die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln. Auch die Welternährungsorganisation FAO warnte, durch Produktionsverluste in Folge des Klimawandels könnte sich die Zahl der unterernährten Menschen weltweit drastisch erhöhen. Das klimapolitische Paradox wird immer deutlicher sichtbar. Die, die am wenigsten durch den Ausstoß von

Treibhausgasen zum globalen Klimawandel beigetragen haben, sind am stärksten von diesem betroffen: die Ärmsten der Armen dieser Welt. Dagegen sind es die Menschen in den Industrieländern und die Eliten in den Schwellenländern, die durch ihren Lebensstil das weltweite Großexperiment „Klimawandel“ verursachen. Müssen sie nicht einen wesentlichen Beitrag zur Absicherung der besonders betroffenen Menschen leisten? Inzwischen mehrt sich die Zahl der Juristen, die dafür eine rechtliche Verpflichtung sehen: Schäden durch den Klimawandel in anderen Staaten müssen kompensiert werden. Um diese Frage wird noch viel gestritten werden. Unstrittig dürfte eine moralische

Pflicht zur Übernahme von Verantwortung sein. Anreizsysteme für eine wirkungsvolle Anpassung an den Wandel des Klimas müssen ebenso mitfinanziert werden wie der Wiederaufbau im Schadensfall - etwa nach Wetter- und Flutkatastrophen. Ein erster Schritt könnte der Ausbau des nach der Elbeflut 2002 eingerichteten europäischen Katastrophenfonds sein: zu einem Absicherungssystem, von dem auch der Partnerkontinent Afrika profitiert. Gespeist werden könnte der Fonds aus einer CO₂-Abgabe, dem Erlös gesteigerter CO₂-Kontingente im Rahmen des Emissionshandels oder einer Flugverkehrsabgabe.

Christoph Bals



Menschen in armen Staaten sind verletzlicher gegenüber Naturkatastrophen als in reicheren Staaten. Das zeigt die Analyse von Naturkatastrophen der letzten 30 Jahre. Die Anzahl der Todesopfer pro 100.000 Einwohner war in jeder Fünf-Jahresperiode bei den Menschen mit geringem Durchschnittseinkommen am höchsten. Die durch den Klimawandel bedingte Zunahme von extremen Wetterereignissen gefährdet folglich primär das Leben der Armen. Datenquelle: CRED 2004

Schluss mit der klimafeindlichen Klage deutscher Autokonzerne!

Volkswagen, BMW, DaimlerChrysler und Porsche beteiligen sich weiter an einer Klage gegen ein Gesetz in Kalifornien, das den Ausstoß von Treibhausgasen von Autos begrenzen soll. Endlich macht ein wichtiger US-Staat angesichts des völligen Versagens der Bush-Regierung in der Klimapolitik erste wichtige Schritte - doch die vier deutschen Unternehmen wollen den Vorstoß gerichtlich stoppen.

Auf die Proteste von Lesern der Germanwatch-Zeitung, zu denen wir im März aufgerufen hatten, haben die Konzerne mit Briefen reagiert. Sie rücken aus formalen Gründen nicht von ihrer Position ab: Es sei Aufgabe der Bush-Regierung und nicht einer Staatsregierung zu handeln. **Die Konzerne stellen damit ihre Geschäftsinteressen über das Wohl der Menschen!**

Mit Ihrer Hilfe werden wir weiter Druck auf die Autokonzerne ausüben!

Mit einer Spende können Sie diese Aktivitäten gezielt unterstützen.

Weitere Infos unter www.germanwatch.org/rio/auto2005.htm

Ja, ich möchte Germanwatch finanziell unterstützen.

- Ich werde Förderer von Germanwatch (Mindestbeitrag 5€/Monat) mit einem Jahresbeitrag von _____Euro.
- Ich spende Germanwatch einmalig/jährlich _____Euro.
- Bitte buchen Sie den Betrag von _____Euro monatlich/jährlich von meinem Konto ab.

Geldinstitut:
 BLZ:
 Konto-Nr.:
 Datum/Unterschrift:
 Name:
 Vorname:
 Straße, Nr.:
 PLZ, Ort:
 Tel./Fax:
 E-Mail:

Vielen Dank!

Bitte ausfüllen und einschicken an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ein Überweisungsträger liegt einem Teil dieser Zeitung bei. Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung erhalten Sie Anfang des nächsten Jahres.



What was that bump?

TERMINE

- **Betzgau (bei Kempten im Allgäu), 5.7.05, 20 Uhr: Podiumsdiskussion: Faire Milchpreise - Für Bauern im Allgäu, in Europa und weltweit.** Ort: Gasthof Hirsch. Verant.: Abl & Germanwatch.
- **Königswinter, 9.-13.7.05: Ferienakademie „Umwelt - Natur - Klima“.** www.cms.azk.de
- **Bad Münstereifel, 11.-15.7.05: Seminar zu Perspektiven des Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutzes.** Verant.: Friedrich-Ebert-Stif. Kontakt: Tel. 02253/9212-0, muenstereifel@fes.de
- **Köln/Bonn, 15.-21.8.05: Weltjugendtag.** GW-Stand im Global Village der KLJB, Beethovenhalle Bonn, www.wjt2005.de
- **Iserlohn, 26.-28.8.05: „Bedrohte Lebensräume - Indigene Rechte und Erdölgewinnung in Sibirien“.** Anmeldung: 02371/352 182
- **Berlin, 28.8.05: Tag der offenen Tür im BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).** Europa-Haus, Stresemannstr. 94.
- **Bonn, 18.11.05: Germanwatch-Mitgliederversammlung.** Davor Konferenz „Klimawandel als Herausforderung für die Armutsbekämpfung“

www.germanwatch.org/termine

Impressum

Herausgeber:
Germanwatch e.V.
Büro Berlin: Voßstr.1
10117 Berlin
Tel.: 030/2888 356-0
FAX: 030/2888 356-1

Büro Bonn: Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228/60492-0
FAX: 0228/60492-19

Redaktion:
Dörte Bernhardt,
V.i.S.d.P.
Ralf Willinger

Layout: Voß/Sievers

Auflage: 99.000

Homepage: www.germanwatch.org
E-Mail: info@germanwatch.org

Diese Ausgabe wurde gefördert durch das Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit Bremen und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Hier vertretene Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber wieder und stellen nicht die offizielle Meinung unserer Förderer dar.

Sicherheit neu gedacht

Außenminister Fischer stellt deutsche Ausgabe des Berichts zur Lage der Welt 2005 vor

„Wir sind zur Kooperation verurteilt“, sagte Bundesaußenminister Joschka Fischer am 27.4. bei der Vorstellung des Berichts zur Lage der Welt 2005 im Auswärtigen Amt in Berlin vor mehreren hundert Zuhörern - darunter zahlreiche Vertreter der Berliner Politik, internationaler staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, Diplomaten und Wissenschaftler. Um Frieden und Sicherheit weltweit zu erreichen, müssen arme und reiche Nationen zusammenarbeiten, ebenso wie die verschiedenen Politikbereiche, betonte der Außenminister. Demokratie, Umweltschutz, Armutsbekämpfung und Menschenrechte seien entscheidend für eine friedliche, sichere Welt. Damit unterstützte Fischer ein erweitertes Verständnis von Sicherheit, das im neuen Bericht zur Lage der Welt mit dem Titel „Globale Sicherheit neu denken“ gefordert wird. Der vorherrschende Sicherheitsbegriff, der auf militärische Aspekte verengt ist, wird darin kritisiert. Fischer bezeichnete den Bericht als „Standardwerk in der Debatte der nachhaltigen Entwicklung“.

Wahre Achse des Bösen

Armut, Krankheiten und Umweltzerstörung seien die wahre „Achse des Bösen“, die man bekämpfen müsse, verlangte Chris Flavin, Direktor des Washingtoner Worldwatch Institutes, in seiner Rede. Und Anja Köhne, Vorstandsmitglied von Germanwatch, betonte in der Abschlussrede die Notwendigkeit einer kohärenten EU-Politik in den Bereichen Sicherheit, Umwelt, Energie, Verkehr und Landwirtschaft. Nachmittags beim „Politischen Dialog“ im Auswärtigen Amt - mit rund hundert Teilnehmern - war unter den Vertretern verschiedener Ministerien und Organisationen auch Michael Windfuhr, Vorsitzender von German-



Foto: Andreas Schölzel / Adelphi

Chris Flavin (Worldwatch Institute), Anja Köhne (Germanwatch), Ralf Fücks (Heinrich-Böll-Stiftung) und Außenminister Joschka Fischer bei der Vorstellung des Berichts zur Lage der Welt im Auswärtigen Amt.

watch, auf dem Podium. Er setzte sich mit Nachdruck für eine staatliche deutsche und europäische Entwicklungspolitik ein, die die Armen, Hungern und Marginalisierten wirklich erreicht - dies sei bis jetzt oft nicht der Fall gewesen.

Zum Abschluss des Tages fand abends eine von Germanwatch mitorganisierte öffentliche Podiumsdiskussion in der Galerie der Heinrich-Böll-

Stiftung statt: Chris Flavin, Angelika Beer (MdB der Grünen), Ralf Fücks (Heinrich-Böll-Stiftung) und Anja Köhne diskutierten zum Thema „Mars, Venus... und die Erde: Ein transatlantischer Dialog zum Bericht zur Lage der Welt 2005“.

Ralf Willinger

Worldwatch Institute (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit der Hein-

rich-Böll-Stiftung und Germanwatch: Zur Lage der Welt 2005 - Globale Sicherheit neu denken. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2005, 300 Seiten, 19,90 Euro. ISBN 3-89691-614-9. Erhältlich im Buchhandel. Die deutsche Ausgabe enthält zusätzliche Kapitel zum erweiterten Sicherheitsbegriff der EU-Politik sowie zu Geschlechterfragen und Sicherheit.

Klimawandel bedroht Rendite

Investoren setzen Exxon Mobil unter Druck

Auf der Hauptversammlung des US-amerikanischen Ölkonzerns Exxon Mobil (Esso, u.a.) im Mai gab es Proteste von Investoren gegen die klimaschädigende Konzernpolitik. Der britische Großinvestor Cooperative Insurance Society (CIS), der Anteile von Exxon Mobil in Höhe von 25 Millionen US-Dollar hält, verweigerte dem Geschäftsführer des Konzerns, Lee Raymond, die Zustimmung.

„Wir als Versicherung sehen schon jetzt die realen Auswirkungen des Klimawandels auf die Geschäfte und das Leben unserer Kunden“, begründete ein Sprecher der CIS diesen Schritt. Alleine aufgrund von Flutkatastrophen seien in den letzten zehn Jahren die Ansprüche auf Versicherungsleistungen um 500 Prozent ge-

stiegen. Die CIS macht den menschgemachten Klimawandel dafür verantwortlich, der somit auch ein finanzielles Risiko darstellt. Die Versicherung kritisierte deshalb, dass Exxon Mobil Investitionen in erneuerbare Energien vernachlässigt und politisch gegen das Kyoto-Protokoll vorgeht. Weiter rügte die CIS, dass Raymond Geschäftsführer und Präsident von Exxon Mobil in einer Person ist. Diese Doppelrolle wird von Investoren kritisch gesehen, da mangelnde Kontrolle zu Fehlern in der Unternehmensführung führen könne - besonders bei der Risikoabschätzung. Gemeinsam mit anderen Investoren formulierte die CIS Anträge, „die Exxon Mobil dazu aufrufen, weniger parteiisch in seinen politischen Bei-

trägen zu sein und den Konsequenzen des Kyoto-Protokolls in den Unterzeichnerstaaten offener gegenüber zu stehen.“ So stimmten schließlich 28 Prozent der Anteilseigner (sog. Shareholder) dafür, dass der Konzern seine politischen Aktivitäten zu den Kyotovereinbarungen offenlegen soll - ein Erfolg für die kritischen Investoren. Der Vorstand des Konzerns wurde dennoch mit 97 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Daniela Jäger

Weitere Informationen zu Nachhaltigem Investment und Klimaschutz: Dustin Neuneyer, 0228-60492-11, neuneyer@germanwatch.org

Bestellen: Neue Publikationen

Alle hier gelisteten Publikationen können Sie bei den Internet-Links kostenlos herunterladen oder zum angegebenen Preis bestellen (zuzüglich 2 Euro Versandkostenpauschale). Mitglieder, Förderer, Kampagneros und Zustifter der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhalten die Publikationen zum halben Preis. Der Versand erfolgt gegen Rechnung, alternativ bitte den fälligen Betrag in Briefmarken beilegen. Bestellung bei:

versand@germanwatch.org, oder telefonisch unter 0228/60492-0

- Arbeitsblätter für den Unterricht zu den Themen Klimawandel, Flugverkehr, Meeresspiegelanstieg, Tuvalu, Gletscherschmelze, Tropische Regenwälder: kostenlos. www.germanwatch.org/rio/ab.htm
- Klimaschutz-Aktionsheft: Unterrichts-/ Projektideen und Materialiensammlung: Einzel Exemplare kostenlos. www.germanwatch.org/rio/k-aktion.htm
- Globaler Klimawandel: Ursachen, Folgen, Handlungsmöglichkeiten: Einzel Exemplare kostenlos. www.germanwatch.org/rio/klima05.htm
- Hintergrundpapier: Klimawandel in der Arktis: 5 Euro. www.germanwatch.org/rio/acia05.htm
- Hintergrundpapier: Deutsche Autoindustrie klagt gegen Klimaschutzgesetz Kaliforniens: 5 Euro. www.germanwatch.org/rio/auto2005.htm
- Die deutschen ODA (Offiz. Entwicklungshilfe)-Leistungen 2000 bis 2003/2004: Einzel Exemplare kostenlos. www.germanwatch.org/ez/oda05.htm
- Studie: Anforderungen an eine Reform der EU-Milchmarktordnung aus Sicht von bäuerlichen Organisationen in Nord und Süd: 8 Euro. www.germanwatch.org/tw/milch.htm
- Hintergrundpapier: EU-Agrarsubventionen und ihr Verhältnis zum WTO-Agrarabkommen: 5 Euro. www.germanwatch.org/tw/euwo05.htm
- Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen - Ein wirksames Instrument zur Unternehmensregulierung? Nur online unter: www.germanwatch.org/tw/kw05is.pdf

www.germanwatch.org/pub

Name, Vorname

Evtl. Organisation/Firma

Straße.....

PLZ, Ort

Tel./Fax:.....

E-Mail:.....

An: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
bzw. formlose E-Mail an: **versand@germanwatch.org**



Wer wir sind, was wir wollen

Germanwatch ist eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 setzen wir uns dafür ein, die deutsche, europäische und internationale Politik am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten. Die sogenannten Entwicklungsländer müssen die Chance zu einer eigenständigen Entwicklung bekommen. Germanwatch bereitet den Boden für notwendige Veränderungen. Denn nur durch eine ökonomische und ökologische Umorientierung im Norden werden die Menschen im Süden unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Gezielter Dialog mit Politik und Wirtschaft, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen sind zentrale Elemente unserer Arbeitsweise. Entwicklungspolitik, Klimaschutz, Ernährungssicherung, Richtlinien für Unternehmen sowie die soziale und ökologische Gestaltung der Weltwirtschaft sind unsere Schwerpunkte.

Germanwatch lebt durch die Aktivitäten seiner Mitglieder und Förderer. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende unterstützen. Weitere Informationen unter www.germanwatch.org oder kostenlos per Post (Anfrage bitte 1,44 Euro in Briefmarken beilegen):

Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin, oder Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin (BLZ 100 20 500),
Aus dem Ausland: BIC/Swift: BFSWDE31BER, IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00